

Herrn
Torsten Küllig

9. Oktober 2017

Ihr Schreiben vom 26. September 2017

Sehr geehrter Herr Küllig,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. September, in dem Sie ein Gespräch im Theatermagazin „Rang 1“ im Deutschlandfunk Kultur vom 23. September 2017 kritisieren. Gegenstand des Gesprächs war die Theaterperformance „Wahlokratie“ der Theatergruppe „andcompany & co“ in Kooperation mit dem Staatsschauspiel Dresden.

Zu dem von Ihnen beanstandeten Gespräch möchte ich Folgendes anmerken: Die Idee der Künstler war, dass wahlwillige Nichtwahlberechtigte und wahlberechtigte Nichtwähler öffentlich auf einer Bühne „verkuppelt“ werden. Das Wahlrecht, das die einen nicht wollen, sollte denen übertragen werden, die es gerne hätten.

Bereits in der Anmoderation des Gesprächs wurde darauf verwiesen, dass es gegen den „Votebody-Fake“ bereits Anzeigen gegeben hat und dass er „juristische Konsequenzen“ hat. Das war ein klarer Hinweis darauf, dass es sich hier um ein rechtlich umstrittenes Künstlerprojekt handelt.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs sprach Alexander Karschnia vom Künstlerkollektiv „andcompany & co“ über einen Stimmentausch, der auf der Bühne stattgefunden hat. Ein Nicht-Wahlberechtigter hat dabei den Wahlzettel einer Wahlberechtigten ausgefüllt. Er erwähnte nicht, dass der Zettel selbstverständlich durchgestrichen wurde und natürlich auch der als Kunstaktion stattfindende Transport einer „Wahlurne“ nicht dazu führt, dass hier Stimmen abgegeben werden können. Vielleicht hat das zu dem

Missverständnis geführt, hier würde eine Wahlbeteiligung von Personen stattfinden, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die Aufführung war meines Erachtens ein künstlerisch durchgespieltes Fallbeispiel und entsprechend von der Kunstfreiheit gedeckt.

Die Moderatorin hätte an dieser Stelle vielleicht noch einmal explizit betonen können, dass es sich hier natürlich um ein rechtlich umstrittenes Vorgehen handelt, ging aber davon aus, dass bekannt ist, dass eine Stimmenweitergabe gesetzeswidrig ist.

Dem Gespräch war klar zu entnehmen, dass es sich hier um die Berichterstattung über ein Kunstprojekt handelt und nicht um einen Aufruf zu gesetzeswidrigem Handeln. Das Gespräch war zudem Teil eines ausgewiesenen Theaternmagazins, in dem vor allem Themen aus der Welt des Theaters behandelt werden. Daher hat die Redaktion auch kein weiteres Gespräch mit einem Staatsrechtler gesucht, wie Sie es vorgeschlagen haben.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis und dass Sie den Programmen von Deutschlandradio gewogen bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Raue